

Oliver Malchow: „Stellenstreichungen treffen auch den Vollzug“

Der von der schwarz-roten Landesregierung angekündigte Abbau von 150 Stellen bei der Landespolizei war Gegenstand eines Gespräches, zu dem sich der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow und -Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr beim Fraktionsvorsitzenden Johann Wadephul und dem Polizeisprecher der CDU Peter Lehnert (Foto) einfanden.

Dabei wiederholte der GdP-Landesvorsitzende seine in einem Schreiben an Wadephul gerichtete Kritik an den Koalitionsbeschlüssen und warnte eindringlich vor dem beabsichtigten Stellenabbau. „Egal, wie man es politisch auch darzustellen versucht, die geplanten 150 Stellenstreichungen werden tatsächlich auch den Vollzugsdienst betreffen. Es ist irre, was die schwarz-rote Landesregierung plant“, hielt Oliver Malchow mit seiner Meinung nicht hinterm Berg. Gleichzeitig erinnerten die beiden GdP-Vertreter auf die ohnehin außergewöhnlichen Belastungen, denen die Beschäftigten in der Landespolizei seit Jahren ausgesetzt seien. „Diese Belastungen der Kolleginnen und Kollegen haben inzwischen sogar erheblich zugenommen“, erklärte Malchow. Gleichzeitig nehme auch die Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und –beamten im Einsatz zu. Und nach drei Reformen sei auch klar, dass aus der Polizei in personeller Hinsicht „nichts mehr herauszuholen“ sei. Dies sei nur durch Abbau von Aufgaben überhaupt möglich. „Und hier ist dann aber die Politik in der Verantwortung, zu erklären, welche Aufgaben die Polizei nicht mehr wahrnehmen soll. Denn damit stünde beispielsweise auch die Präventionsarbeit auf dem Prüfstand. Auch sei zwangsläufig ein weiterer Rückgang der Aufklärungsquote zu befürchten. Und das alles wird zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen“, so Malchow. Der beabsichtigte Personalabbau ohne eine strikte Abgabe beziehungsweise Vernachlässigung von Aufgaben würde bei der Landespolizei letztlich das Ergebnis der Reko III mit einer Stärkung des operativen Vollzugsdienstes wieder umkehren. „Denn die Arbeit der abgebauten Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten wird dann durch Vollzugsbeamte erledigt werden müssen“, so der GdP-Vorsitzende. Auch seine Verärgerung über Ministerpräsident Carstensen brachte Malchow bei der Gelegenheit zum Ausdruck.



Carstensen war kürzlich bei einem Besuch in der PD AFB mit der Personalmisere der Landespolizei und in der Folge mit der Forderung einer zwingend notwendigen personellen Aufstockung konfrontiert worden. Auch habe er sich im Gespräch mit Beamtinnen und Beamten aus allen Teilen der Landespolizei von den vielfältigen Einsatzbelastungen „schwer betroffen“ gezeigt. Wie ihm berichtet worden sei, hätten danach alle Anwesenden ein gutes Gefühl gehabt, den „Landesvater“ mit der Schilderung der personellen Notlage erreicht zu haben, so Malchow. „Und obwohl der Ministerpräsident es offenbar bereits wusste, hat er jedoch die konkreten Planungen eines Personalabbaus bei der Landespolizei vorenthalten beziehungsweise nicht einmal angedeutet. Damit hat der Ministerpräsident die große Chance vertan, wieder Vertrauen zur Landespolizei und ihren Beschäftigten aufzubauen“, so die Kritik Oliver Malchow.

Wadephul und Lehnert äußerten Verständnis für die GdP-Kritik am Stellenabbau, verteidigten ihre Haltung mit dem Hinweis auf die sich angeblich weiter dramatisch entwickelnde Haushaltslage. Die Zahl von 150 Einsparstellen sei vom Innenminister genannt worden. Für die konkrete Umsetzung des Stellenabbaus bei der Landespolizei sei folglich nun auch das Innenministerium gefragt, unterstrichen die beiden CDU-Politiker. **Foto/Text: Thomas Gründemann**